

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Erscheint an jedem Wochentag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Telegraphen entgegen.
Anzeigen finden zweifache Verbreitung und sind daher von bestem Erfolge.
Preis vierteljährlich drei Mark, halbjährlich fünf Mark, im Voraus. Einzelhefte 10 Pfennig. Druck- und Postgebühren 10 Pfennig.
Abonnements nach Verhältnis.

Begründet 1826

Preis pro Nummer 20

Anzeigen-Gebühr für die einseitige Seite aus geschäftlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 20 Pfennig, bei mehrmaliger, Rabat nach Tarif. Bei gerichtlicher Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk
Telegraphen-Adresse
Gesellschafter Nagold
Postfachkonto
Stuttgart 5118.

Nr. 274

Dienstag den 25. November 1919

93. Jahrgang

Die zerstörten Gebiete.

Vor mehreren Wochen haben aus Arbeitnehmern und Arbeitgeberinnen zusammengesetzte deutsche Sachverständigenkommissionen Besichtigungsreisen in die zerstörten Gebiete Frankreichs gemacht, um einen allgemeinen Eindruck von den Zerstörungszuständen und den Wiederherstellungsarbeiten zu gewinnen, an denen sich Deutschland beteiligen könnte.

Die erste Reise führte zunächst nach Arras, wo 80% der Häuser und sonstigen Anlagen zerstört sind. Das zwischen Arras und Lens liegende Gelände besteht aus bestem Acker- und Getreideboden und ist derartig durch Granattrichter, Schützengraben, Unterstände usw. zerstört, daß der Fortschrittsgrad mit 100% angenommen werden kann. Das gleiche gilt für die dortigen Dörfer und Industriestädte. In einem Teil des Departements du Nord waren die Aufräumungsarbeiten im besten Gange; ein Teil der wieder eingeebneten Fläche war bereits in diesem Sommer wieder bestellt worden. Die Orte La Bassée, Estaires, Nerville sind völlig zerstört; dagegen war auf der Strecke Arras—Villeneuve von Zerstörungen wenig zu bemerken.

In Roubaix sind 80% der Gebäude, darunter die Kathedrale, zerstört. Der Wiederaufbau der Stadt soll nach einem neuen, in der Ausführung begriffenen Bebauungsplan erfolgen. In dem Gelände von Chaumont nach Compiègne sind alle Ortschaften, Gebäude, Gehöfte und Industriestädte zerstört; die Aufräumungsarbeiten sind dort in großem Umfang von heimischen Arbeitern ausgeführt. In der Umgebung von Compiègne erreicht der Fortschrittsgrad seinen Höhepunkt, der bis jetzt vor Albert bestehen bleibt. Peronne selbst ist völlig zerstört; Compiègne und die umliegenden Ortschaften sind überhaupt nicht mehr festzustellen; das ganze hügelige Gelände ist voll von Trümmern, Unterständen, Stellungen, Drahtverhauen usw. Auf der Fahrt von Albert nach Amiens ist von Zerstörungen von Häusern und des Landes nichts mehr festzustellen gewesen.

Von den 2800 Häusern in Saillons sind nach franz. Angabe 2000 völlig zerstört, 800 reparaturfähig. Ein neuer Stadtbauplan ist in Bearbeitung. Die durchlöchernten Gebiete im Aisne zeigen durchgehend das Bild schwerer Kriegsschädigungen; nach französischer Angabe sind von den 78 000 Hektar Kulturland 8 000 Hektar vollständig und 23 000 Hektar teilweise von Granaten durchwühlt und von zahlreichen Stellungsbauten durchzogen. Das Gelände zwischen Berry au Bar und Guignicourt ist noch in dem Zustand wie zur Zeit der Kämpfe. Man sieht zerbrochene Tanks, die teilweise an der Straße liegen, ausgebeulte Drahtgitter, Stellungsbauten, kleinerer Feldbewirtschaftung. Das Champagnegebiet ist ein in jeder Beziehung durch Kampfhandlungen durchwühltes Gelände. Hier wären die Wiederherstellungskosten größer als der Geländewert, der etwa 1000 Frs. pro Hektar beträgt.

Reims hatte vor dem Krieg 14 000 Häuser, von denen nach französischer Mitteilung 8 600 vollständig zerstört sind; 2 500 Häuser sind wieder bewohnbar gemacht. In der Umgebung von Reims waren 126 000 ha Boden unter Feuer, von denen die Geschosse aufgetrieben werden mußten; 156 000 ha sind von Stellungsbauten usw. durchzogen und müssen eingeebnet werden; im Ganzen müssen 240 000 ha Boden der Bewirtschaftung wieder zugeführt werden.

In Departementen Meuse sind nach französischen Angaben etwa 20 000 ha gänzlich und etwa 40 000 ha teilweise vernichtet; die Zerstörungen sind teilweise so stark, daß die Wiederherstellungskosten den Geländewert bei weitem übersteigen würden. Der französische Staat soll in Aussicht nehmen, dieses Gelände, das vorzugsweise landwirtschaftlichen Charakter hat und zu einem Drittel aus Wäldern besteht, von den Eigentümern zwecks Aufforstung zu kaufen und die Eigentümer anderweitig anzusiedeln. Bemerkenswert ist, daß die aus den zahlreichen Granattrichtern ausgeworfenen Erdteile teilweise zerstört und auf den Feldern so fein verteilt sind, daß für die Ausfüllung der Granattrichter erhebliche Bedenken fehlen. Die Aufräumungsarbeiten scheinen auf den Feldern nur in sehr geringem Umfang in Angriff genommen zu sein. In dem Departement Meuse sollen insgesamt 400 Dörfer zerstört sein, in denen der Wiederaufbau von etwa 50 000 Häusern in Betracht kommt.

Mit der Annäherung an Verdun macht sich eine Zunahme der Beschädigung der Felder durch ausgebeulte Drahtgitter, Unterstände und Stellungen sowie von Granattrichtern bemerkbar. Die Stadt Verdun ist sehr stark beschädigt. Auf der Fahrt von Verdun an den Forts Douaumont, Long vorbel, längs der Todesstraße durch das Kampfgebiet über Fresnes—St. Mihiel wurden die Gebiete der schweren Schlächten um Verdun besichtigt und dabei teilweise eine Zerstörung des Geländes festgestellt, das seine Wiederbenutzung

in absehbarer Zeit gänzlich ausgeschlossen ist. Die auf diesem Wege passierten Dörfer Fleury, Hautcourt, Fresnes usw. liegen völlig in Trümmern. Teilweise ist die frühere Lage der Dörfer nicht wieder zu finden.

Im Anschluß an diese Reisen fanden Besichtigungen von Fortschrittsverständigen unter der Leitung von französischen Fortschrittsbeamten statt. Nach Aufzählung der Bodenergebnisse von allerlei Kriegsmaterial wird die baldige Aufarbeitung und das Ausrücken der Baumstämme in Frage kommen, sobald die Vegetation von neuen Jungbäumen.

Auf allen Fahrten wurden zahlreiche deutsche Kriegsgesangene, scheinbar ohne alle strenge Bewachung (?), bei der Arbeit gesehen. Abgesehen von farbigen französischen Soldaten, die vor allem mit Bahnbauten beschäftigt waren, sind keine fremden Arbeitskräfte festgestellt worden.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 22. Nov. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr nachmittags.

Abg. Raden wird zum Schriftführer an Stelle des Abg. Holz gewählt.

Tagesordnung: Zweite Beratung des Entwurfes einer Reichsabgabenordnung.

Neben die §§ 1 bis 7 wird eine allgemeine Aussprache eröffnet.

Bohmann (Dem.): Die Reichsabgabenordnung ist ein sehr scharfes Instrument. Wir sind der Reichsregierung so weit als möglich entgegengekommen, um dem Reich eine geliche und wirtschaftliche Erleichterung zu ermöglichen. Die drastischen Strafen der Abgabenordnung werden nicht helfen, wenn nicht das deutsche Volk Selbstzucht übt.

Burlage (Z): Die Umgehung der Steuerpflicht wird in § 5 des Gesetzes nach den Beschlüssen des Ausschusses gut umschrieben und wirkungsvoll behindert. Denen, die geschickt genug sind, durch die Maschen des Steuergesetzes zu schlüpfen, dürfen nicht noch Vorteile vor den ehrlichen Steuerzahlern zugewendet werden. Meine Fraktion ist gewillt, sich auf den Boden des Gesetzes zu stellen, wie es aus den Ausspracheberathungen hervorgegangen ist.

Simon-Schwaben (Soj.): Dem Reich muß eine einheitliche Steuererfassung, eine einheitliche Steuerverwaltung zustehen. Wir sind für den Einheitsstaat, wollen aber keine Schablone. In der Zentralstelle müssen tüchtige Steuerfachleute aus allen deutschen Ländern sitzen, in den einzelnen Finanzämtern aber Beamte, die aus den beteiligten Einzelstaaten hervorgegangen sind. Das einheitliche Steuerrecht wird zur Sanierung unseres Volkes führen.

Dr. Düringer (DN): Der Entwurf geht über die Bestimmungen der Verfassung hinweg, als ob sie nicht existierte. Was hat Art. 84 der Verfassung noch für einen Sinn, wenn dieses Gesetz alle Steuerausführung in die Hände des Reiches legt? Der Gesetzentwurf ist verfassungswidrig. Wie man hört, sollen die einzelstaatlichen Finanzminister an die Spitze der Landesfinanzämter treten. Wie steht es mit der Bezahlung? Ist es richtig, daß sie weiter ihr Gehalt von den Ländern beziehen sollen und vom Reich dazu noch 3000 M. V. In Baden würde die Verfassung dem Minister die Annahme einer solchen Vergütung verbieten. Das Gesetz bricht den Ländern das finanzielle Rückgrat. Der Reichsfinanzminister hat keine glückliche Hand. Wo sind seine Erfolge? Wir können ihm nicht vertrauen.

Minister Erzberger: Die große Erbschaftsteuer, das Notopfer sind fertiggestellt. Die Reichssteuerverwaltung wird eine gute Tat für das deutsche Volk sein. Der vorliegende Entwurf ist keine Verfassungsänderung. Da die Gesetzgebung Gebrauch von der Freiheit des Artikels 14 der Verfassung gemacht und eine reichsweite Steuerverwaltung geschaffen hat, so hat Artikel 84 allerdings jetzt keine Bedeutung. Das Gesetz kann mit einfacher Majorität durchgebracht werden. Der Reichstag hat Bedenken gegen das Gesetz. Diese sind aber beseitigt worden. Ein Kuhhandel hat nicht stattgefunden. Es war von Anfang an mein Wunsch, den Landesfinanzministern die Verwaltung der Landesfinanzämter vorläufig zu übertragen. Die Gehaltsfrage ist noch nicht endgültig geregelt. Doppelt Gehalt wird keineswegs gezahlt werden.

Kempton (DN): Der Widerstand des Reichstages hörte erst auf, als einige Finanzminister zu Präsidenten der Finanzämter ernannt wurden. Dem § 5 stehen wir sehr skeptisch gegenüber und beantragen seine Abänderung.

Kapfenstein (S): § 5 scheint uns eine der wichtigsten und wertvollsten Bestimmungen des Entwurfes zu enthalten und keiner Abänderung zu bedürfen.

Dr. Ludewig (D): Der Ausschuss ist sich einig darin,

daß Steuerhiebler und Steuerhinterzieher hart angefaßt werden müssen, aber § 4 genügt hierfür. Wir beantragen den § 5 zu streichen.

Dr. Wirth (Z): Die Personalunion zwischen Landesfinanzminister und Präsidenten des Landesfinanzamtes ist für die süddeutschen Länder durchaus notwendig und nützlich. Die Vereinheitlichung des Reichssteuerrechts ist ein großer Erfolg. Diese Reichsabgabenordnung läßt eine Dezentralisation durchaus zu.

Eugenberg (DN): Wir stimmen gegen den § 5.

Dr. Cohn (US): Wir verkennen nicht, daß der Entwurf ein wesentlicher Schritt zum Einheitsstaat darstellt; aber nur eine planmäßige sozialistische Wirtschaft kann uns retten. Ein Markstein auf dem Wege hierzu ist vielleicht dieser Entwurf.

Minister Erzberger: Die Einnahmen des Reiches entwickeln sich in durchaus günstiger Weise. Wir dürfen mit einer Mehreinnahme gegenüber dem Voranschlag von einer Milliarde Mark rechnen. Ich bitte den § 5 zustimmen zu wollen. Wir müssen eben gegen die Steuerhiebler und die Kapitalflucht jedes mögliche Mittel ergreifen. Die Nachteile dieses Mittels werden wir ertragen. Wir brauchen eine solche Bestimmung weil die Rechtsprechung sich nicht ohne weiteres in der von uns allen erwünschten Richtung bewegt und die bestehenden Gesehe Lücken lassen, die für die Steuerhiebler nur durch diese Bestimmung verbannt werden können.

§§ 1 und 4 werden angenommen. Die Abstimmung über § 5 und die dazu vorliegenden Anträge werden ausgesetzt. Weitere §§ werden angenommen.

Erzberger: Es fragt sich nur, ob das Gesetz bis zum 1. 4. 1920 verabschiedet werden kann. Andernfalls müßten vorläufige Uebergangsbestimmungen getroffen werden.

Die Abstimmung wird ausgesetzt. Weitere Paragraphen werden ohne längere Besprechung in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Minister Erzberger bemerkt zu § 14, daß die Zahl der deutschen Beamten nicht vermehrt werden dürfe.

Fortsetzung Montag 1 Uhr, vorher Interpellation Arnstadt über Ernährungsfragen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die neue Reichseinkommensteuer.

Nach den jetzt bekannt gewordenen Sätzen des neuen Reichseinkommensteuertarifs ergibt sich etwa folgende Steuerbelastung bei den einzelnen steuerpflichtigen Jahreseinkommen:

über 1000 M.	100 M.	über 14 000 M.	2310 M.
2000 M.	210 M.	15 000 M.	2550 M.
3000 M.	330 M.	17 000 M.	3050 M.
4000 M.	460 M.	19 000 M.	3570 M.
5000 M.	600 M.	21 000 M.	4110 M.
6000 M.	750 M.	23 000 M.	4670 M.
7000 M.	910 M.	25 000 M.	5250 M.
8000 M.	1080 M.	28 000 M.	6150 M.
9000 M.	1260 M.	31 000 M.	7080 M.
10 000 M.	1450 M.	34 000 M.	8040 M.
11 000 M.	1650 M.	37 000 M.	9030 M.
12 000 M.	1860 M.	40 000 M.	10050 M.
13 000 M.	2090 M.	45 000 M.	11800 M.
		50 000 M.	13600 M.

Die neue Mindestgrenze des steuerfreien Einkommens ist 1000 M. Dieser Satz erhöht sich für die erste Person, die zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählt, um 500 M., für jede weitere um 300 M. Ein Ehepaar mit sechs Kindern darf demnach ein steuerfreies Einkommen von 3300 M. beziehen.

Tages-Neuigkeiten.

Erzbergers Steuerpolitik.

Leipzig, 25. Nov. In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei sprach der sächsische Finanzminister Ritsche über Finanz- u. Wirtschaftsfragen. Er erklärte nach dem Bericht der Leipziger Neuesten Nachrichten u. a., daß er die Steuerpolitik des Reiches für bedenklich halte. Es sei nicht richtig, Beträge, wie z. B. das Reichsnotopfer an einer Stelle zusammen zu führen. Wenn vom Reichsfinanzminister erklärt worden wäre, daß der Friedensvertrag keine Möglichkeit des Zugriffs seitens der Entente biete, so wäre es doch vielleicht besser gewesen, wenn der Minister gegenüber der Entente auch in anderen Beziehungen mehr Mißtrauen gezeigt hätte. Wenn es dem Reichsfinanzministerium wirklich gelingen sollte, die steuerliche Fassade des Reiches nachher zu rekonstruieren, dann würde hierdurch ein ganz falscher Eindruck nach außen hin erweckt werden, weil das grenzenlose finanzielle Elend der Einzelstaaten und Gemeinden von unseren Gegnern nicht gesehen würde, sondern nur die Finanzlage des Reiches als

Zeichne mit 500 Mark bar

und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

v. 5



Masstab für unsere Leistungsfähigkeit für sie in Frage kommen. Bei allem Verständnis für die finanzielle Lage des Reiches müsse verlangt werden, daß andere Mittel u. Wege ins Auge gefaßt würden.

Zur Auflösung des baltischen Knotens.

Berlin, 24. Nov. Der diplomatische Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt: Wir stehen im Begriff, das baltische Abenteuer zu liquidieren. Heute ist es so gekommen, wie es die Reichsregierung in ihrem letzten Aufruf an die baltischen Truppen vorausgesagt hat. Die ihr durch Unbotmäßigkeit aufgezwungenen Maßnahmen, vor allem die Sperrung von Gold und Verpflegung, haben ihre Wirkung getan und das Bild, das jener entrollte, hat sich bewährt. Das wäre vermieden worden, wenn die Abenteuerer einen Monat früher auf das Gebot hätten, was sie jetzt fühlen müssen. Heute ist es wieder die Not unserer Baltikumtruppen, für die um Gefühl geworden wird. Es wird Sache der Regierung sein, der sich hier anbahnenden Legende innerpolitisch entgegenzutreten, als würden hier verdiente Männer, fleißige Stürmer der Heimat, vom Vaterlande schlecht behandelt. Die Führer dieser Reuterer haben monatelang das deutsche Reich in die unerhörteste Gefahr gestürzt. Ihnen verdanken wir die Ostseeblockade, die Sperrung von Lebensmittelverordnungen und Krediten. Sie haben das große Beispiel geliefert für den Vertragsbruch Deutschlands und seine eremiten imperialistischen Aspirationen. Ihre Wege stießen alle Verhandlungen, finden wir kein Gegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage und müssen wir uns zum Teil Roten gefallen lassen, wie die letzte der Entente. Es ist unbedingt notwendig, daß die Hauptkriegsgefahr dorthin kommen, wohin sie gehören, vor ein Kriegsgericht, das für Fahnenflucht und Meuterei zuständig ist. Kein Mann und keine Patrone mehr für das Baltikum! Die Reichsregierung würde die letzte Maßnahme einer reinlichen Liquidation und damit einer freien Bahn verschmerzen, wenn sie den nur-Militärs erlauben wollte, aus den berühmten strategischen Gründen Truppenteile über die Grenze zu verschieben. Die landsmännliche Hilfe und das Gefühl des Mitleids darf im Interesse des Volkes erst diesseits der Grenze zu Worte kommen.

Die bayerischen Demokraten und Nationalliberalen gegen den Untersuchungsausschuss.

Der Landesausschuss der deutschen dem. Partei in Bayern hat folgende einstimmige Entschließung gefaßt: „Die Nationalversammlung möge öffentlich erklären, daß nur einem unparteiischen Weltgerichtshof, dem alle Archive offen stehen, die Ermittlung der vollen Wahrheit gelingen kann, daß eine einseitige in Deutschland geführte Untersuchung als ausschließend bis zur Einsetzung des Weltgerichtshofs zurückzustellen ist. Die d. dem. Fraktion der Nationalversammlung möge deshalb ihre in den Untersuchungsausschuss entsandten Mitglieder zurückrufen. Sollte wieder Erwarten die Nationalversammlung durch Mehrheitsbeschluß ein Weitergehen des Ausschusses erzwingen, so wäre unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Fehler einer einseitigen Zusammenfassung des Ausschusses nicht wiederholt wird und daß Garantien geschaffen werden für ein sachgemäßes und zweckmäßiges Rechts- und Urteilsverfahren.“

Auch die natlib. Partei München hat in ihrer letzten Versammlung eine Kundgebung gegen den Untersuchungsausschuss erlassen, worin sie dessen sofortige Auflösung fordert und seinen Ersatz durch einen anderen Untersuchungsausschuss, der die Schuldigen dort finden wird, wo sie die Reichsregierung nicht finden wollte.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 23. Nov. Am heutigen Totensonntag wurden von der U. S. V. D. 60 Versammlungen in Groß-Berlin abgehalten, die unter der Parole „Gegen die Reaktion, für die soziale Revolution“ einberufen waren. Die Redner wandten sich in heftigen Ausfällen gegen den Untersuchungsausschuss, und gegen die Alldutschen. Zum Schluß gegen die Reaktion und die Mörderzentrale, wie Ledebour sagte, die an Stelle

Durch enge Gassen.

Original-Roman von Räte Lubowski.

57) (Nachdruck verboten.)

Delea Holtmann ging wieder an ihre Arbeit. Aber sie begriff nichts von dem, was aus den lauernden und unheimlichen, den glatten und verfluchten Manuskripten zu ihr redete. Ein einziger Satz glühte in ihrer Seele, der alles qualvolle Ringen verstummen ließ:

„Ich konnte nicht.“

Nebenan redete Ferdinand Großer. Sie konnte freilich kein Wort von dem verstehen, was er sagte. Aber sie hörte nach einer langen Weile doch einen Laut, der ein Jauden aus jünger Brust sein mußte ... denn alle Herzen sprechen nicht mehr so hell.

Ob er ihm jetzt wohl gesagt hatte, was er ihr neulich andeutete. Ihm — keinen Nachfolger genannt — den anderen ...

Sie lauschte mit allen Sinnen und erlauchte doch nichts weiter als ein lautes Versprechen, das wie ein Schwur klang:

„Man kann nie wissen, wie lange man noch Zeit hat. Morgen mache ich es fest, Steinhoff ...“

Die Fenster schienen näher zu rücken, die Wände auf sie zuzukommen. Es war kein Zimmer mehr, in dem sie atmete, sondern ein enger Käfig, der sie zerpressen wollte. Sie mußte ins Freie!

Sie verzweifelte alles und nahm ihren Hut. Durch die engen Menschen schob sie sich ruhig und abwartend dahin. Sie bedeuteten ihr nicht viel mehr als die trockenen Blätter, die der Herbstwind von den Blumen brach und umherwarf. Sie lächelte nur die warme, klare Sonne und eine Lust, die frisch und herbe glich, als sei sie geirret.

Ihr zur Linken wuchsen hinter mächtigen Schanzenkränzen prächtige Blumen. Sie hatte ein unbändiges Verlangen nach Schönheit und Farbenpracht. Ob sie es

der Regierung getreten sei, wurde die Vereinnahmung des Proletariats empfohlen. In der anschließenden Diskussion sprachen sich Kommunisten und Mehrheitssozialisten ebenfalls für diese Einigung aus und betonten, daß sie nahe bevorstehe. Nach Schluß der Versammlungen zerstreuten sich die Teilnehmer. Zu Zusammenkünften ist es nirgends gekommen.

Um dieselbe Zeit hielt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten im Circus Busch eine Zusammenkunft ab, an der etwa 6000 Personen teilnahmen. Russische Darbietungen wechselten mit ersten Reitationen. Nach einer Ansprache des Bundesvorsitzenden erhob sich zur Überraschung aller Anwesenden Reichspräsident Ebert. Er betonte in seiner Rede, daß er und die Regierung alles, was in ihren Kräften stehe, tun würden, um die Not der Kriegsbeschädigten und der Witwen und Waisen der gefallenen Krieger zu lindern. Er appellierte an das Weltgewissen und sprach die Hoffnung aus, daß es doch noch zu einer Völkerverständigung kommen werde, in der kein Raum mehr für einen so furchtbaren Krieg vorhanden sei, wie ihn die Welt jetzt erlebt habe. Einige Hundert Teilnehmer formierten sich vor dem Circus Busch zu einem Zug und legten auf dem Garnisionsfriedhof Kränze nieder an den Gräbern der gefallenen deutschen Soldaten und auch an den Gräbern solcher feindlicher Soldaten, die hier in der Gefangenschaft gestorben sind.

Berlin, 23. Nov. Bei einer Versammlung der U. S. V. D. im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 5, kam es heute mittig zu einem unliebsamen Zwischenfall. Einer der Teilnehmer hatte die Verhandlungen mitgenographiert, was von anderen Teilnehmern dem Versammlungsleiter mitgeteilt wurde. Dieser forderte den Herrn auf, aus der Tribüne zu kommen, was aber abgelehnt wurde. Darauf schickte der Leiter der Versammlung ihn unter dem Versprechen, er wolle ihn vor dem erregten Publikum schützen, in einen im Keller gelegenen Raum. Dort sollte er fotografiert werden. Bei der Untersuchung seiner Brieftasche wurden Bildblätter gefunden, die einbehalten wurden. Darauf ließ der Versammlungsleiter das Publikum in den Raum, das den Gefangenen mit Schlagringen und Stöcken übel zuriichte. Er wurde schließlich von der Wache der Sicherheitspolizei des Polizeipräsidiums in Schutzhaft genommen.

Berlin, 23. Nov. Am Schluß der Versammlung im Gewerkschaftshaus am Engelstr. bildete sich ein Zug von etwa 100 Menschen, dessen Führer eine entrollte rote Fahne trug. Die Teilnehmer am Zuge sangen die Marschlied. Am Michaelskirchplatz wurde der Zug durch die Sicherheitswehr aufgelöst und der Führer verhaftet. Darauf wollte ein Teilnehmer die Fahne ergreifen und den Zug weiterführen. Auch er wurde verhaftet. Die Menge brach in Schreie auf Ledebour und Niederrufe auf Roste und Ebert aus. — In der Versammlung hatte Frau Heg besonders gegen die Sicherheits- und Reichswehr gesprochen.

Berlin, 23. Nov. In einer von der Deutsch-nationalen Partei berufenen Gedächtnisfeier für die Gefallenen im Kriege im Theater des Westens hielt General Ludendorff eine Ansprache, die in dem Wunsch ausklang, daß der Geist der Gefallenen im deutschen Volke wieder lebendig werden möge.

München, 23. Nov. Vor der Friedenshalle kam es heute zu produktiven und ausserordentlichen Kundgebungen einer größeren Menge, die hauptsächlich aus Studenten bestand. Die Militärwache säuberte schließlich den Platz. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Vermischtes.

— **Wieder ein Eisenbahnunglück.** Adla, 22. Novbr. Heute Nacht ist auf dem Bahnhof Brühl ein von Cochem kommender Güterzug auf 4 im Weis liegende Wagen aufgestoßen, wobei vom Zugpersonal eine Person getötet und vier leicht verletzt wurden. Das Unglück wird daraus zurückgeführt, daß der Zug auf den durch den Regen schlüpfrig gewordenen Schienen erst hinter dem Signal zum Stehen gebracht werden konnte.

— **Ein frommer Wunsch.** Gegenüber einer Feststellung der „Schwab. Tagwacht“ (Soz.), daß zu einer Verzehrerung höchstens 1 1/2—2 Zentner Gastlots nötig seien, stellt das „Schwarzwälder Volksblatt“ (Zentrum), seiner-

seits fest, daß eine Verzehrerung zur Zeit nicht nötig ist, und fügt dieser seiner Feststellung die häßliche Randbemerkung an, die Sozialdemokraten können sich für die Dauer der Kohlennot ruhig begraben lassen. Ein frommer Wunsch! So manches aus der heutigen Zeit könnte sich in der Latrubin begraben lassen, aber nicht nur für die Dauer der Kohlennot.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 23. November 1919.

* **Vom Rathaus.** (Schluß.) Bei der Beratung des 3. Abschnittes des Hauptvoranschlags machte der Vorsitzende folgenden Vorschlag: Die nichtbesoldeten Mitglieder des Gemeinderats erhalten ein Sitzungsgeld von 4 Mk. für jede Sitzung, dagegen stehen in Zukunft die gemeindegewerblichen Gebühren und die Schätzungsgebühren in die Stadtkasse. Zur Begründung dieses Antrages führte der Vorsitzende an, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen in den Gemeinden 1. Klasse ein Taggeld zu bezahlen sei, es sei denn, daß der Gemeinderat ausdrücklich darauf verzichte. Magold sei nach dem Stand der Einwohnerzahl in die 1. Klasse-Gemeinden eingereiht. Des weiteren wies der Vorsitzende darauf hin, daß in der Nachbarkarte Calvo ein Taggeld schon seit langem gewährt werde. Hieraus entstand eine recht unerquickliche Debatte, die ihren Ausgang nahm mit einer Ausrufung des Herrn W. Waver, daß jeder Gemeinderat sein Amt als Ehrenamt ansehen solle und die dafür erforderliche Zeit der Gemeinde als Opfer bringen können müsse. Diese Ausrufung fand eine wohl mißverständliche Auffassung und führte zu einem Diskurs, der sehr ins Breite ging. Bei der Abstimmung wurde der Vorschlag des Vorsitzenden mit 8 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen, die gleich Ablehnung gelten, angenommen. Bei dem Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“ wurde beschlossen, an die Amtskörperlichkeit den Antrag auf Wiedereinführung der Schulfarmen auf den Abbruch von Raubzeug, insbesondere der Raben, zu stellen. Beim Kapitel „Schulen“ trift Herr W. W. Windbrenner u. a. mit, daß mit einer Umwandlung des Seminars in eine Deutsche Hochschule zu rechnen sei. Für die Errichtung eines Kriegerdenkmals sind 10 000 Mk. in den Etat eingestellt. Dazu sind von wohlthätiger Seite weitere 2000 Mk. zur Verfügung gestellt. Wenn auch von einer Hausammlung für das Denkmal abgesehen werden soll, so werden der Wohltätigkeit doch keine Schranken gesetzt und Gaben vom Stadtschulheißnam selbstverständlich jederzeit mit Dank entgegengenommen. Die Gesamteinnahmen des Hauptrats betragen sich auf 322 857 Mk., die Ausgaben auf 500 857 Mk., der Abmangel beträgt mithin 178 000 Mk. Im Vorjahre betragen die Einnahmen 226 578 Mk., die Ausgaben 293 158 Mk., der Abmangel 72 600 Mk. Zur Deckung des Defizits wird beschlossen, eine Umlage auf den Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von 7,6% mit einem Ertrag von 47 100 Mk. und einen Zuschlag zu den Einheitssteuern der staatlichen Einkommensteuer von 70% mit einem Ertrag von 59 500 Mk. zu erheben, das sind zusammen 106 600 Mk. Zur Deckung des weiteren Abmangels sind aus dem Restvermögen noch zuzuführen 71 400 Mk. Das gesamte Restvermögen beträgt 84 600 Mk. Herr Stadtschultheiß Maier drückt den Wunsch aus, der Gemeinderat möge bei Verwirklichung von Neuausgaben gleichzeitig auch die Deckungsfrage erörtern, ferner daß die Etatfrage ohne vorherige Genehmigung nicht überhört werden dürfe. Anschließend wurden verschiedene kleine Angelegenheiten besprochen. So soll von der Drucklegung des Orts in diesem Jahre noch abgesehen werden. Der Antrag auf Herstellung eines Kataloges für die Volksbibliothek wird noch zurückgestellt. Auch die Frage der Herbstbeschaffungszulage, die durch eine Eingabe der Unterbeamten angeschnitten worden ist, wurde noch einmal ventiliert. Der Vorsitzende teilte dazu mit, daß diese Beschaffungszulage selbstverständlich auch den übrigen Angestellten und Beamten gewährt werden müsse. Nach oberflächlicher Berechnung belaufen sich die Kosten auf über 24 000 Mk. Der Gemeinderat beschloß, Auskünfte darüber einzuziehen, welche Umfang diese Frage in anderen Städten gefunden hat. Aus der Beratung des Hauptrats haben wir noch die Feststellung des

„Na, ja, Gretchen, Belmarthen heiraten wir nun schon. Mein Finger wird's nicht abnehmen, daß es ein bißchen eilig geht. Er war ja so elegant. Unsere Trauung ist übrigens in der Heilandskirche in Magold am 25. Dezember um 3 Uhr nachmittags, wenn Sie brauttschauen wollen.“

Delea Holtmann stand wieder in der Sonne. Sie sah nachdenklich auf ihren Weg.

Wie war es nur möglich, daß diese in ihrer Liebe verirrte, mehr als brutal zurückgeschlagene Seele sich noch einmal und diesmal — für immer an den hing, der ihr das Schicksal angefaßt —

Sie begriff das Anfangs nicht. Je weiter sie aber schritt, desto heller ward es in ihr. So tut allein die Liebe, die niemals aufhören kann, weil sie ewig ist.“

In einem stillen, klaren Frühmorgen führte der alte Großer endlich seinen Vortrag aus. Ein heiser, weicher Vagen lag sterlich vor ihm. Darauf wollte er ausdrücklich und klar niederschreiben, was seinem Reffen in Graz und seit gestern nun auch Johannes Steinhoff sein Verbleiben mehr war.

Es wurde Zeit, daß er endlich damit ernst machte. Die letzte Nacht war zu schädel gewesen. Er hatte kein Auge zugehen. Steil und aufrecht mußte er in hohen Rissen sitzen, um nur ein wenig Atem zu bekommen.

Auch jetzt war ihm noch ganz miserabel. Das einzige Erquickliche blieb, daß Delea Holtmann und Johannes Steinhoff noch mindestens ein halbes Stündchen ausblieben.

Der jüngste Kaufbursche kam herein, um den Papierkorb zu entleeren. Der alte Großer zog mit alternden Händen die grüngerührte Börje mit dem blanken Silbereringe hervor und griff in das Nadelgefäß.

(Fortsetzung folgt.)

Herrn Stad in gerundeten verhält

* **Tagmeinderats**

1) Fortset

2) Erhöht

* **Der**

An das

Bauernvere

des Schwä

die Ausbez

aubendfalls

die Volks

lichte in

forderte

Handels

* **Wi**

gen. Dur

die vor e

Verkehr in

Häuteverfä

Bundessta

* **Stel**

weiteren D

Stadt ergrif

Reisepreis

mit dem A

dies letzter

auf 225—

die erstell

diensich un

* **Ein**

balkteuerge

treten, da

mungen be

* **Eh**

Wittwoch

Aufführung

Da in den

nach befeh

Grundbesitz

Jebermann.

Am

Die 30

tagte unter

im Rathaus

Geschäfts

verfammlun

wurden im

haben sich

haben im

bestanden.

der in ein

Deute sich

sonders s

mader. S

Die Grün

glänzende

unter Mir

worden. P

restlosen

Staats- u

Wirkungen

Rammer e

daß auf d

genommen

schablonis

werden die

betreffend,

wenn mind

Betriebe be

der leitfere

zu einem

von Minde

schieden

werfer-Ver

nalisierung

vernachl

ersten Red

Angestreb

öffentl. u

werts aus

Rammer d

stände auf

daß das P

lein Holz

Regierung

An die

worauf E

nungen d

in Bezug

Debatten

dabe sich

keine Red

sonstigen

leh besteht

finden, de

dem Inter

besondere

Bildung b

rates. Die

es müsse

al dem Han

stretung d

Handwerk

entschied

stehenden

gung der

Handwerk

des wärrt.

Die gr

der Befiz

es müssen



nicht nötig
die Dauer
er Wunsch
in der Tat
Dauer der

er 1919.

atung des
Vorstände
er des Ge-
für jede
gerichtlichen
Kasse. Zur
er an, daß
meinden i.
daß der
a sei nach
Gemeinden
auf hin,
daß der
a langem
beruhtliche
erung des
i Amt als
e Zeit der
Körperung
fähige zu
er Abstim-
Stimmen
gelten, an-
wirtschaftl.
Kratz auf
blauf von
ein Kapitel
a. mit, daß
ische Hoch-
Krieges-
Dazu
Verfügung
für das
Wohltätig-
Stadtschul-
entgegen-
s befristet
M., der
re betragen
8 M., der
wird be-
e- und Ge-
47100 M.
staatlichen
Ertrag von
0 M. Zur
stößigen
stvermögen
drücke den
lung von
erklären,
ung nicht
verschiedene
der Druck-
werden.
die Volks-
der Herbst-
terbeamten
liert. Der
lage selbst
eamten ge-
nung be-
Gemeinde-
die Lösung
us der Be-
stellung des

n wir nun
daß es ein
e Trauung
am 25. De-
brautpaaren

hrer Liebe
le sich noch
ng, der ihr

es in ihr
t kann, weil

erte der alte
ter, welcher
er ausführen
er in Gräs
kein Ge-

t machte.
Er hatte
achte er in
ent zu be-

Das einzige
Johannes
schden aus-

Den Papier-
stiftenden
ken Silber-

Herrn Stadtschultheiß heroor, daß sich die Finanzen der Stadt in gerundeten Bahnen bewegen, trotzdem in den letzten Jahren verhältnismäßig viel durchgeführt worden ist.

Tagesordnung für die öffentliche Sitzung des Gemeinderats Mittwoch, den 28. ds. Nachm. 4 Uhr:

- 1) Forterhebung der Hundsteuern.
- 2) Erhöhung der Fleischbeschaugebühren.

Der Schwäb. Bauernverein und der Hantepreis.
An das Reichswirtschaftsministerium hat der Schwäb. Bauernverein folgende Eingabe gerichtet: Die Vorstandschäft des Schwäb. Bauernvereins mit 30 000 Mitgliedern fordert die Auszahlung des vollen Hantepreises an die Erzeuger; andernfalls würde der Schleichhandel noch mehr gefördert, die Volksernährung weiterhin in Frage gestellt und die Ehrlichkeit im Erwerbsteiben untergraben. Die Vorstandschäft fordert ferner, daß der Preis für Pflichtenhaber dem des freien Handels angepaßt werde.

Wiedergulassung von Häute- und Fellverfeinerungen.
Durch eine Verfügung des Arbeitsministeriums wird die vor einigen Monaten angeordnete Einschränkung im Verkehr mit Häuten und Fellen, namentlich das Verbot der Häuteverfeinerung, das bisher Württemberg als einziger Bundesstaat weiter aufrechterhalten hat, wieder aufgehoben.

Steigerung der Baukosten. Ein geeignetes Mittel zur weiteren Förderung der Baukunst hat die Gemeinde Freudenstadt ergriffen. Der dortige Gemeinderat hat beschlossen, den Marktpreis für Bauholzabgabe auf 300% festzusetzen, wenn mit dem Holz keine neuen Wohnungen erbaut werden. In dies letztere jedoch der Fall, dann ermäßigt sich der Preis auf 225-150%, je nach der Zahl der neuen Wohnungen, die erstellt werden. Das Vorhaben ist sicherlich der Baukunst dienlich und daher der Nachsinnung wert.

Eine Gnadenfrist für die Raucher. Das neue Tabaksteuergesetz soll nicht vor dem 1. März 1920 in Kraft treten, da die Vorbereitungen für die Ausführungsbestimmungen behindert worden sind.

Chänsen, 25. Nov. Im „Waldhorn“ findet am Mittwoch abend eine öffentliche Versammlung statt, in der Klärung über die Sparprämienanleihe gegeben werden soll. Da in den Vorträgen verschiedene falsche Anschauungen, die noch bestehen, wie z. B. die Frage über die Sicherheit des Grundbesitzes erörtert werden, empfehlen wir den Besuch jedermann.

Aus dem übrigen Württemberg.

Die 30. Vollversammlung der Handwerkskammer Reutlingen

tagte unter dem Vorsitz des Schreinermeisters Bollmer im Rathauskloster in Reutlingen. Der Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle und der Wirtschaftsstelle seit der letzten Vollversammlung erstattete Sekretär Oberhardt. Gesellenprüfungen wurden im Frühjahr 1920 abgenommen, zur Herbstprüfung haben sich 210 Lehrlinge angemeldet. Die Meisterprüfung haben im Laufe dieses Jahres 238 Kandidaten abgelegt und bestanden. Erstklassenliste ist festzustellen, daß die Zahl der in ein handwerkliches Lehrverhältnis eintretenden jungen Leute sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hat. Ganz besonders haben das Tischler- und Installateur-, Schreiner-, Schneider- und Schreinerhandwerk Zuwachs erfahren. Die Gründung von Organisationen im Handwerk hat geradezu glänzende Fortschritte gemacht; mehr als 100 Zünfte sind unter Mithilfe der Kammer in Berichtsjahre gegründet worden. Auch das Handwerk hat eingesehen, daß es nur durch reiflichen Zusammenhalt die ihm gebührende Stellung im Staats- und Wirtschaftsleben erlangen kann. Ueber die Wirkungen der 8stündigen Arbeitszeit im Handwerk hat die Kammer eingehende Erhebungen angestellt und verlangt, daß auf die Eigenart der handwerklichen Betriebe Rücksicht genommen werden müsse, und daß hier in keiner Weise skandinavisiert werden dürfe. Von dem Betriebsratgesetz werden die kleinen handwerklichen Betriebe insofern nicht betroffen, als der Betriebsrat erst dann zu bestellen ist, wenn mindestens 10 Arbeiter, einschl. Lehrlinge, in einem Betriebe beschäftigt werden und da, wo dies der Fall sei, der leitende Altgeselle die Funktion des Betriebsratsmanns zu einem Teil heute schon ausübe. Gegen die Festlegung von Mindestlöhnen für Lehrlinge hat sich die Kammer entschieden verwahrt, ebenso gegen die Einbeziehung der Handwerker-Lehrlinge in die Tarifverträge. Gegen die Kommunalisierungsbestrebungen hat sich die Kammer ebenfalls verwahrt und Abgeordneter Herrmann hat auch in seiner ersten Rede in der RV. hiegegen Verwahrung eingelegt. Angestrebt hat die Kammer die Regelung der Vergebung öffentl. Arbeiten. Die Vergebung mit Aufschlag des Handwerts aus Staats- und Gemeindevorkaufungen löst sich die Kammer deshalb sehr angelegen sein, weil angesichts der Zustände auf dem Holzmarkt mit Sicherheit anzunehmen ist, daß das Handwerk in nächsten Jahre auch zu hohen Preisen sein Holz mehr erhalten wird, wenn dessen Bedarf von der Regierung nicht rechtzeitig sichergestellt wird.

In diesen Tätigkeitsbericht schloß sich eine kurze Aussprache, worauf Syndikus Hermann, M. d. R. in längeren Ausführungen die Wirtschaft- und Steuererhebung des Reiches in Bezug auf das Handwerk darlegte. Bei den größeren Debatten über die zukünftige Lage der deutschen Wirtschaft habe sich zweifellos ergeben, daß in der Rationalisierungsfrage keine Weidheit für eine Sozialisierung des Handwerkes und sonstigen Mittelstandes zu haben sei. Beim Betriebsratgesetz besteht die begründete Hoffnung, einen Mittelweg zu finden, der den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter, wie dem Interesse von Gewerbe und Industrie entspreche. Von besonderer Wichtigkeit für das Gewerbe sei die bevorstehende Bildung der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrates. Die Organisation sei an sich durchaus zu begrüßen, es müsse aber vor allem Sorge dafür getragen werden, daß dem Handwerk und Kaufmannstand eine gebührende Vertretung darin gesichert werde. Gegen die Ausschaltung des Handwerkes im vorläufigen Wirtschaftsrate, müsse auf das entscheidende Verwahrung eingelegt werden. Bei der bevorstehenden Regelung der Arbeitszeit müsse eine Berücksichtigung der durchaus berechtigten Forderungen der Saisonhandwerke eintreten. Die Errichtung eines Landesverbandes des württ. Handwerkes sei eine dringende Notwendigkeit.

Die große Umsatzsteuer sei leider nicht zu umgehen, denn der Besitz allein, könne die ungeheuren Lasten nicht tragen, es müssen deshalb auch große indirekte Steuern geschaffen

werden. Immerhin sei es möglich gewesen, die überaus lästige Kleinhandelssteuer zu Fall zu bringen. Bei der noch kommenden großen Reichseinkommensteuer gelte es ebenfalls die Lebensnotwendigkeit des Mittelstandes zu wahren, denn davon hänge die Weiterführung der Betriebe schließlich ab. Wenn durch das kommende Landesbesteuernngsgesetz die Gewerbe- und sonstigen Ertragssteuern festgehalten werden sollten, müsse dafür Sorge getragen werden, daß einer unerträglichen Ausgestaltung dieser Steuern starke Riegel vorgegeben werden müssen. Aktive Mittelstandspolitik darf sich nicht darin erschöpfen, daß sie alles Heil vom Staat oder von der Organisation erwartet, sie muß vielmehr geführt werden, durch aktive Teilnahme am politischen Leben, im Parlament und letzten Endes in der Regierung des Reiches und der Länder. Das muß noch erkämpft werden! Bezüglich der Neuregelung des Lehrlings- und Beauftragtenwesens schloß sich die Volksversammlung dem Antrag des Vorstandes an, monad für eine Reihe von Handwerkszweigen Bestimmungen über die Höchstzahl der in einem Handwerksbetriebe zu haltenden Lehrlinge vorgeschlagen wurden. Weiterhin wurde der Vorstand ermächtigt, über die Anstellung von Berufsbeauftragten das erforderliche zu veranlassen. Die Ueberwachung des Lehrlingswesens konnte insofern der langen Dauer des Krieges nicht mehr in dem gewünschten Umfang durchgeführt werden; um auf diesem Gebiete wieder Ordnung zu schaffen, ist es notwendig, daß die Beauftragten recht bald ihre Tätigkeit entfalten. Beauftragte wurde weiterhin die Lehrzeit der weiblichen Handwerksberufe von 2 auf 3 Jahre zu erhöhen. Die Kammerumlage mußte angesichts der fortschreitenden Geldentwertung erhöht werden.

Stuttgart, 23. Nov. Das Wurgacher Lorfried soll auf Grund des Tochtergesetzes ausgebeutet werden und zwar beteiligen sich daran der Staat, eine größere Anzahl von Städten und die bisherigen Eigentümer zu je einem Drittel.

Stuttgart, 22. Nov. Die Schülerinnen der 8. Mädchenklasse der hiesigen katholischen Schloßschule bewiesen durch folgende Tat ihren großen Opfermut. Sie haben an das Komitee der Fürsorge für die armen Kinder aus dem Ergebezirge einen Brief gerichtet, in dem sie „im Einverständnis der Eltern“ bitten, zwei katholische Mädchen im Alter von 8-12 Jahren den Winter über hierher zu schicken, wo sie sie „recht gut pflegen und recht lieb mit ihnen sein wollen, damit sie das Elternhaus nicht allzusehr vermiffen“. Sie wollen, „obwohl sie auch nicht viel Lebriges haben“ 8-14 Tage eines der Mädchen in die Familie aufnehmen und währenddessen vollständig verpflegen. Es ist also doch noch nicht alles vom trassen Egoismus verdrängt, wie man in der heutigen Zeit zu glauben versucht ist. Solche Beispiele ziehen mächtiger als Siege und Bewerdungen. Nach's nach!

Ludwigsburg, 23. Nov. Aus dem militärischen Bekleidungsamt sind wertvolle Bekleidungsstücke, Hosen, Hemden usw. namentlich aber auch eine Menge Kavallerieuniformen für die Reichswehr verschwunden. Die militärischen Diebstähle haben immer noch in lippiger Blüte. — In der äußeren Friedrichstraße hat ein junger Chemann seine Frau bei Händeln, die in Fälligkeit ausarieren, durch drei Schüsse schwer verletzt. Der eine Schuß ging in den Kopf. Das Opfer der ehelichen Liebe dürfte kaum mit dem Leben davontommen. Der jährliche Chemann steht seiner Strafe entgegen.

DK. Kirchheim u. L., 20. Nov. Zwei hiesige Bürger, die nicht genannt sein wollen, haben dem Gemeinderat 20 000 M. als Fond zum Bau eines städtischen Volkshades überwiefen.

Oberndorf, 23. Nov. Die Waffenfabrik Mauser gibt bekannt, daß die Schließung des Betriebs vorläufig verschoben ist.

Reutlingen, 22. Nov. Auf höchst eigenartige Weise nahm sich ein 19-jähriger Tagelöhner das Leben, nachdem er vorher mit seinem Vater einen Wortwechsel hatte. Er legte sich im Bett auf eine Handgranate und brachte sie zur Entladung. Er wurde durchbar verstimmt und war sofort tot.

Alm, 23. Nov. Die vom Kommunalverband vorgenommene Unterrichtung hat ergeben, daß an der Forderung von 876 000 M., die von November 1918 bis Nov. 1919 den Großhändlern hier zur Verteilung überwiefen wurden, 57 000 M. fehlen. Dieser Abmangel ist nach den Nachforschungen des Kommunalverbandes durch größere Forderungen bei Großhändlern, durch unrichtige Markenablieferung einzelner Kleinbändler und durch falsche im Umlauf gewesene Zudermarken. Die Großhändler „entschuldigend“ die Forderung mit einer höheren als der von der Landesverwaltungsstelle zugestandenem Gewichtseinbuße von 5%.

Aalen, 23. Nov. Der Gemeinderat beschloß in seiner Sitzung eine Feuerungszulage (Beschaffungszulage) von 500 Mark für Beamte, Unterbeamte und Arbeiter. Dazu kommen je 200 M. Kinderzulage. Alle Einzelheiten werden nach den staatlichen Bestimmungen geregelt. Allein die Zulage an Beamte und Unterbeamte beträgt rund 50 000 M. Die der städtischen Arbeiter werden diese Höhe nicht ganz erreichen, da zunächst nur die Bolkarbeiter den ganzen Betrag erhalten.

Crailsheim, 22. Nov. Der Gemeinderat hat den städtischen Beamten und Arbeitern eine Beschaffungszulage nach den staatlichen Sätzen bewilligt und beschlossen, für die Stadtgemeinde einen Zuschlag zur Grundversteuere in den höchstzulässigen Sätzen (1,6 bzw. 0,8%), die örtliche Verbrauchsabgabe von Bier ebenfalls im zulässigen Höchstbetrug von 30 Pfg. pro hl für Einschieber und 65 Pfg. pro hl für alles übrige Bier zu erheben und den Gaspreis um 10 Pfg. für den Kubikmeter zu erhöhen. Kuchgas kostet jetzt 55 Pfg., Leuchtgas 60 Pfg. pro Kubikmeter. Ferner wurde die Errichtung einer Müllsammeilstelle beschlossen.

Von der Enz, 23. Nov. In der sonst so lebenslustigen Fabrikstadt Pforzheim wird es diesen Winter keinerlei Maskenbälle geben. Der Stadtrat hat beschlossen, den vor dem Krieg zu diesem Zweck stark benutzten städt. Saalbau nicht mehr zur Verfügung zu stellen und das Bezirksamt zu ersuchen, Anträgen auf Zulassung von Maskenbällen jeder Art im Hinblick auf unsere traurige Lage die Genehmigung zu verweigern. Traurig, daß man dazu erst ein behördliches Verbot braucht!

Hochingen, 23. Nov. Wie der „Vorwärts“ berichtet, war dem hiesigen Bürgermeister vorgeworfen worden, Butter verbraucht zu haben, die dem Armenstift gehörte. Nun soll, wie das Berliner Blatt berichtet, der Bürgermeister erwidert haben, seine Frau habe ihm Butter ohne sein Wissen genommen und er habe Strafantrag gegen sie gestellt.

Handels- und Marktberichte.

Stuttgart, 23. Nov. Der Obstverkehr ist in ständiger Rückgang. Die Winteräpfel kommen jetzt zum großen Teil in guter Aufmachung zu Markt, das Interesse der Käufer bleibt aber gering; trotzdem werden die Preise gehalten. Der Großhandel beliebt den Stuttgarter Markt seit Lockerung der Grenzsperrte nur sehr spärlich, sein Weizen blüht jetzt anderswo. Der Kauf für Ausfuhrzwecke hat an manchen Orten zu Preissteigerungen geführt. Mostobst ist fast nicht mehr unterzubringen. Größere Obstmengen sind in den höher gelegenen Gebieten noch auf den Bäumen, ebenso sind in vielen Feldern die Kartoffeln und Rüben noch im Boden. Die andauernd nasse Witterung u. die Schneefälle verhindern jede Erntearbeit.

Legte Nachrichten.

Lettom-Borbeck marschiert in Aurland ein.

Haag, 24. Nov. Wie aus Romno berichtet wird, liegen Nachrichten vor, daß Lettom-Borbeck an der Spitze von 30 000 Mann, darunter viele seiner Kameraden aus Ostafrika, die Grenze von Ostpreußen überschritten und einen Einfall nach Litau unternommen habe. Angeblich verfügt Lettom-Borbeck über 400 Panzerautomobile.

Amerikas Finanzhilfe.

Washington, 25. Nov. (Neuer.) Es wird bekannt gegeben, daß ein nationaler Ausschuss für Europas Finanzen organisiert wird, um die endgültigen Pläne für die Gewährung langfristiger Kredite für europäische Einkäufe in den Vereinigten Staaten zu prüfen.

Vom parlamentarischen Tribunal.

Berlin, 25. Nov. In einer gestern abgehaltenen internen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über Belgien wurde beschlossen, vorerst das gesamte Anklamaterial (I) der Entente, soweit es durch Kauf möglich ist, zu beschaffen, vor allem das Geldbuch der französischen Regierung. (Der Ausschuss scheint der sonderbaren Ansicht zu sein, daß mit diesen einseitigen „Anklagen“ der Entente ein ungehörtes Bild über Schuldfragen zu erlangen sei. Wir glauben, die Herren wissen ganz gut, daß jedes Urteil über Schuld oder Nichtschuld solange tendenziös und auf partielle Anschauungen gestützt bleibt, solange nicht die Archive der ganzen Welt ans Licht gezogen werden. Die Schriftl.)

Kohlenlieferungen nach Holland?

Berlin, 25. Nov. Aus Basel wird dem „Vol. Anz.“ mitgeteilt, daß zwischen dem belgischen General Minquel u. Industriellen aus dem besetzten Gebiet eine Konferenz über die Ursache der Kohlennot im besetzten Gebiet stattfand. General Minquel hat erklärt, er habe Unterlagen, daß das Kohlensubsidat monatlich 150 000 Tonnen nach Holland liefere, statt 50 000 Tonnen. Die 100 000 Tonnen, die Holland mehr erhalte, könnten im besetzten Gebiet sehr gut gebraucht werden. Er habe Schritte unternommen, daß von der deutschen Regierung diese Ausfuhr verboten werde.

Denikins Sieg über Petljura.

Berlin, 25. Nov. Wie dem „Vol. Anz.“ aus Wien berichtet wird, ist nach Karlsruher Meldungen die Niederlage Petljuras katastrophal. Die ostrukrainische Regierung hat zu existieren aufgehört, da die Truppen Denikins auf der ganzen Linie siegreich vordringen.

Die Kohlennot.

Berlin, 25. November. Wegen Kohlenmangel stellen in Charlottenburg verschiedene Schulen den Unterrichtsbetrieb einzuweilen ein.

Berlin, 25. Nov. Dem „Vol. Anz.“ zufolge sind wegen Kohlenmangels in Nürnberg alle städtischen Schulen bis Ende dieses Monats geschlossen worden.

General Wirbels Einzug in Saarbrücken.

Berlin, 25. Nov. Generalleutnant Wirbel, der neuernannte oberste Verwalter des Saargebietes hielt gestern Nachmittag, wie dem „Berl. Tagbl.“ gemeldet wird, in einem geschlossenen Auto seinen Einzug in Saarbrücken. Die Straßen, die das Auto passierte, waren von Kolonialtruppen, Kavallerie und Alpenjägern dicht besetzt.

Hier die Schriftleitung verantwortlich Bruno Wilhelm Heiter, Hauptred. u. Verlag der W. W. Müller'schen Buchdruckerei (Herrn Adolf Wagner).

Ämtliche Bekanntmachung.

Verfügung des Arbeitsministeriums, betreffend die Betriebschlussstunde für Wirtschaften, Theater und dergl. und die Polizeistunde.

1. Die Betriebschlussstunde für Gast-, Speise- u. Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Künste, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Bergnugungshäfen aller Art, desgleichen Vereins- u. Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, wird für sämtliche Gemeinden des Landes auf 9 Uhr abends, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen auf 10 Uhr abends, festgesetzt. 2250
2. Die Betriebschlussstunde gilt zugleich als Polizeistunde im Sinne der Ministerialverordnung vom 2. Dezember 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 302) und des § 365 des Reichsstrafgesetzbuchs. Die Polizeistunde ist auch in den Räumen geschlossener Gesellschaften einzuhalten.
3. Die Verfügung des Arbeitsministeriums, betreffend die Betriebschlussstunde für Wirtschaften, Theater und dergl. und die Polizeistunde vom 26. September ds. Jb. (Staatsanzeiger Nr. 222) wird aufgehoben.
4. Im Falle der Befreiung von der Vorschrift der Jiff. 1 Abs. 1 dieser Verfügung auf Grund der Ermächtigung in Abs. 3 ist eine Sporetel gemäß Tarifnummer 11 zu dem allgemeinen Sporetelgesetz anzusehen und in vorchriftsmäßiger Weise zu verrechnen.
5. Diese Verfügung tritt am 25. Noobr. 1919 in Kraft. Die Ortspolizeibehörden werden ersucht diese Verfügung in orisüblicher Weise bekanntmachen zu lassen und auf ihre genaue Durchführung zu achten. Raqqd, den 24. Nov. 1919. Obertant: Münz.



Gewerbebank Nagold

e. G. m. b. H.

Postscheckkonto Nr. 402 Stuttgart. Telefon Nr. 26.

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren in offenem Depot in feuer- und einbruch-sicherer Stahlkammer.

Im Hinblick auf die Reichsverordnung gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919, welche ab 1. Dezember ds. Js. in Kraft tritt, empfiehlt sich die

Hinterlegung der Wertpapiere,

weil die Einlösung der Coupons ohne Inanspruchnahme einer Bank mit umständlichen Schreibwerk verbunden ist. In diesem Falle werden alle weiteren sich durch die Verwaltung ergebenden Arbeiten, (wie Besorgung der neuen Couponsbogen, Kontrolle über Auslosungen etc.) kostenlos besorgt.

Zu diesbezüglichen Auskünften sind wir gerne bereit. 2078

Handwerkshammer Neutlingen. Meisterprüfungen.

Im Laufe dieses Winters finden am Orte der Handwerkskammer wieder Meisterprüfungen in sämtlichen Gewerben statt.

Den Prüfungen gehen nach Bedarf freiwillige Vorbereitungsstufen in Buchführung, Kalkulation, Buchführung, Gewerberecht und Gesetzkunde voraus. Das Unterrichtsgeld beträgt 15 Mark. Voranschließlich werden auch diesmal wieder von den gewerblichen Vereinigungen der einzelnen Oberamtsbezirke Vorbereitungsstufen, die von der Handwerkskammer und der Zentralstelle für Gewerbe und Handel finanziell unterstützt werden, abgehalten. Anmeldungen zur Prüfung, mögliche Formulare unentgeltlich von der Geschäftsstelle der Kammer bezogen werden können, sind mit Nachweis (Zeugnis oder amtliche Bescheinigung) über das Bestehen der Gesellenprüfung und einer mindestens 4-jährigen Gesellenzeit, sowie mit der Angabe, ob ein Vorbereitungskurs besucht werden will, spätestens bis zum 5. Dezember 1919 an die Handwerkskammer Neutlingen einzureichen. Mit der Anmeldung ist die Prüfungsgebühr von 30 Mark und im Falle des Kursbesuches weitere 15 Mark, zusammen also 45 Mark, auf unser Postscheckkonto Nr. 847, einzubehalten. Die Prüfungstermine selbst können erst festgesetzt werden, wenn alle Anmeldungen vorliegen.

Neutlingen, den 19. November 1919. 2187

Der Vorstand der Handwerkskammer:

Vorsitzender: R. Vollmer. Syndikus: R. Hermann

Rotfelßen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am 2209

Donnerstag, den 27. November 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum „Waldhorn“ in Rotfelßen freundlichst einzuladen.

Christian Reuz Katharine Sautter

Bauer Tochter des
Sohn des † Chr. Reuz † Gottl. Sautter
Bauer, Rotfelßen. Bauer, Rotfelßen.

Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Wegen Erkrankung meines Mädchens suche ich per sofort fleißiges und zuverlässiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, dem an einem dauernden Platz bei kleiner Familie gelegen ist.

Eug. Kiehle, Florzheim, Reimfeldstr. 11.

Brennholz

Stochholz greifbar und auf Ab-schluss kaufen u. erbit. Angebote mit Preis H. G. Mertens & Co. Ludwigsburg, 50m Telef. 628.

Dienst-Mädchen

ca. 17 Jahre alt für Land-wirtschaft nach Bonndorf auf 1. Dez. gesucht. 2251

Mährs bei Frau Heim, Nagold, Herrenbergerstraße 29 b.

Ein Mädchen

18 Jahre alt, sucht Stelle bei Lichtmeh oder zur Aus-hilfe. Wer? sagt die Ge-schäftsst. unter 2242

Einladung

zu einer Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder der Schneider-Zwangsgewerkschaft Nagold

am Donnerstag, den 27. ds. Mts. vormittags 8 Uhr in meinem Geschäftslokal zwecks Besprechung und Bestellung auf eingegangene Muster von 2248

Anzug- und Futter-Stoffen.
Obermeister Theurer.

Statt Karten.

Haiterbach-Helsenberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Donnerstag den 27. November 1919

im Gasthaus zum „Ochsen“ in Haiterbach stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Karl Sighler Luise Käfer

Dreher Tochter des
Sohn des Georg Sighler † Gottlieb Käfer, Wein-gärtner in Oberstenfeld.
Drehermstr. i. Haiterbach. 2241 Kirchgang 11 Uhr.

Statt Karten und jeder besonderen Einladung.

Windersbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Donnerstag den 27. November 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum „Bären“ in Windersbach freundlichst einzuladen.

Jakob Holzäpfel Anna Maria Herter

Sohn des Tochter des
Chr. Holzäpfel, Bauer Andr. Herter, Bauer
in Windersbach. in Windersbach.

2217 Kirchgang 11 1/2 Uhr.

Gültlingen-Wenden.

Hochzeitseinladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Donnerstag, den 27. November 1919

in das Gasthaus „Hirsch“ in Gültlingen freundlichst einzuladen. 2240

Friedrich Denble Katharine Hamann

Bauer Tochter des
S. d. Fr. Denble, Sand- † Gg. Hamann, Holz-
bruchbesitzer, Gültlingen. hauer, Wenden.

Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Wiltberg.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Donnerstag den 27. November 1919

in das Gasthaus zum „Hirsch“ hier freundlichst einzuladen.

Ludwig Schweickhardt Anna Bauer

Sattler Tochter des
Sohn d. Ludw. Schweick- † Gottlob Bauer
hardt, Sattler hier. Landwirt hier.

Kirchgang 12 1/2 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen. 2239

Ebhausen.

Zur Aufführung über die deutsche Sparprämienanleihe findet Mittwoch den 26. November, abends 8 Uhr im „Waldhorn“ eine 2252

Öffentliche Versammlung

statt, mit Vorträgen von Seminaroberlehrer Henz und Oberamtsparlamentarier Klinger.

Alle Männer und Frauen von Ebhausen und Umgebung sind dazu freundlich eingeladen.

Der Ausschuss für den Bezirk Nagold.

Nagold, den 24. Nov. 1919.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreiche Zeichenbegleitung beim Hinscheiden unserer lieben Schwester und Tante

Dorothea Schuon

sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

2235 Ernst Schuon.

Gaben

für den Weihnachtsbaum des ev. Sonntagsblattes und für die Bodelschwing'schen Anstalten Bethel nimmt auch heuer gerne entgegen 2244

Frau Marie Knodel.

Verloren

ging am Sonntag nachmittag von der Waldluft bis nach Nagold 2237

eine Brosche.

Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle des Blattes.

Brutpaar sucht für sofort kleine Zweizimmer-

Wohnung

mit Küche

in Nagold oder Umgebung. Angebote unter B. A. 2245 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gesucht

wird ein eheliches

Mädchen

im Alter von 18-20 Jahren, für Metzgerei mit etwas Land-wirtschaft. Denselben ist Gelegenheit geboten, das Kochen zu erlernen. 2225

Wilhelm Sigmund Metzgerei

Sindelstingen O.H. Hölblingen.

Widder-Tinte.



Hauptvertriebsstelle G. W. Zaiser Nagold. 1047

Deckel-Schnecken!

trockene und frostfreie,

kauf!

bei Selbstabholung das Hun- 2246 bert zu 4 M.

Johannes von Au, jung

Hopfen O.H. Sulz a. R.

Ein Paar bereits noch neue lange

Rohrstiefel,

sowie ein Paar

Stallhasen verkauft. Wer? sagt d. Geschäftsst. d. Bl. unter 2243.

Nonhardt.

Unterzeichnete sehr einen 1 1/2 Jahre alten guten (scharfen

Hof-

Hund dem Verkauf aus. Rasse: Salz und Pfeffer. 2253

Johs. Seeger.

Ziehung 2. Dez. 1919

Deutscher Anstalt-Institut

Gold-Lotterie

794 Goldgewinne Mark

81000

10000 Goldgewinne Mark

30000

200 Goldgewinne Mark

13500

2000 Goldgewinne Mark

37500

Auf 20 Lose (auslosend Nr. 2) machen, 1 Lose gewinnen.

Lospreis 4 Mk.

51 Lose 18 Mk., 10 Lose 25 Mk.,

Paris u. Liss. 50 Pf. mehr.

In allen Verkaufsstellen u.

J. Schweickert,

Wilm. Lotterie-Gesellschaft,

Neustadt, Marktstr. 6,

Tel. 1021, Postadr. Köln 200.

Eine Tirolerpeitsche

mit Federführung erhält jeder, der mit 1 Ztr. gereinigten

Ankraut-

Samen

schick. Sach sende mit Peitsche 2247

Johannes von Au, jung Hopfen O.H. Sulz a. R. Station Niederhauhen b. Hoch-